

Warum erst jetzt der neue Newsletter? Viele Forderung der Verbände haben große Schnittmengen und trotzdem finden sie politisch kein Gehör. Lohnen die Wiederholungen wirklich?

Die handelnden Akteure

Im Bildungsbereich herrscht Aufgabentrennung. Bund, Land (Lehrpersonal) und Kommunen (Gebäude und sonstige sächliche Ausstattung) sind durch unterschiedliche Programme und Zuständigkeiten beteiligt, wobei sich der Bund erst nach einer Grundgesetzänderung finanziell stärker engagieren konnte.

In der Corona-Krise haben die Gesundheitsämter eine herausragende Bedeutung für den Schulbetrieb erhalten. Die Rahmenbedingungen werden in der Corona-Verordnung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) vorgegeben. Die Umsetzung erfolgt durch die Schulen in Zusammenarbeit mit den lokalen Gesundheitsämtern. Allein diese entscheiden bei einem Corona-Vorfall an einer Schule über das weitere Vorgehen.

In dieser Gemengelage müssen Lehrer*innen, Schüler*innen und Eltern den Schulalltag bewältigen. Das führt zu ständigem Kompetenz- und Zuständigkeitsgerangel mit entsprechenden Schuldzuweisungen und gegenseitigen Blockaden. Ausbaden müssen dies besonders Schüler*innen mit Förderbedarf sowie Risikoschüler*innen und Lehrer*innen. Besonders bedauerlich ist, dass es gerade in der Krise keine ausreichenden zusätzlichen Hilfen gegeben hat, die Förderung und Schutz aller Beteiligten ermöglicht hätten.

Investitionsprogramme von Bund und Land

Die Kommunen sind mit ihren Aufgaben finanziell überfordert. Bildung und Betreuung hatten in NRW noch nie den Stellenwert, den unsere Kinder (Schulen) benötigen. NRW ist Schlusslicht bei den Bildungsausgaben. Das parteiübergreifende Bekenntnis, dass Bildung unsere Zukunft sei, hört bei der entsprechenden Vergabe & Ausstattung der Schulen auf. Der Mangel an Ressourcen wird durch die Krise deutlich verschärft und wird sich auch nicht ändern, sofern es nicht einen großen Ruck in der Regierung gibt.

Zwar haben Bund und Land verschiedene Programme aufgelegt: „Gute Schule 2020“ vom Land und „DigitalPakt Schule“ vom Bund, welches vom Land durch zusätzliche Mittel aufgestockt wird. Durch die Corona-Krise ist noch eine weitere Milliarde hinzugekommen: 500 Millionen Euro davon für mobile Endgeräte für das Homeschooling und 500 Millionen Euro für die Administration von schulischen Computersystemen. Der Bund stellt für den Ausbau des Ganztags weitere 750 Mio. Euro in Aussicht, um den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2025 zu unterstützen. Des Weiteren gibt es die kommunale Schul-/Bildungspauschale vom Land NRW, die an die Schülerzahlen gekoppelt ist. Daneben können (könnten) die Gemeinden noch ihre eigenen Investitionsprogramme einbringen.

Primär werden Sachmittel wie Schulbau und digitale Ausstattung gefördert, was auch dringend notwendig ist. Maßnahmen, die nicht gleichzeitig die Wirtschaft ankurbeln aber bessere Voraussetzungen für die eigentliche Lehrtätigkeit bedeuten würden wie personelle Entlastung und echte Lernmittelfreiheit, stehen dagegen nicht im Fokus.

Zögerliche Umsetzung und Probleme der Digitalisierung

Die Investitionsprogramme machen einen durchaus nennenswerten Anfang. Rückblickend könnte die Krise sogar Dank hinterlassen, dass sie zu einer beschleunigten Digitalisierung in den Schulen geführt

hat. Aktuell sind die Eltern aber immer noch unzufrieden, weil die Mittel nur schleppend in den Schulen ankommen und die verschiedenen Akteure sich mit gegenseitigen Schuldzuweisungen blockieren.

Den Kommunen fällt es schwer, die bereitgestellten Mittel auszugeben. Die Ausschreibungsverfahren sind komplex und an Fristen gebunden, den Kommunen fehlt Personal zur Planung und Begleitung der Maßnahmen, die Verfügbarkeit von Endgeräten ist bei der hohen Nachfrage begrenzt, die Preise ziehen an, Firmen zum Ausbau von WLAN sind ausgelastet, Folgekosten für Supportkräfte usw. sind nicht abgedeckt. Darüber hinaus fehlen viele Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und Zeiten für sinnvolle pädagogische Medienkonzepte ebenso. Der Ehrlichkeit halber muss eingestanden werden, dass, wenn alles gut läuft, die Schulen zu Beginn des Schuljahrs 2021/22 mit digitalen Endgeräten ausgestattet sein werden. Hinterherhinken wird dann immer noch die Versorgung der Schulen mit WLAN-Anschlüssen und die Fortbildung vieler Lehrkräfte. Personal für Support und Fortbildung dürfte weder kurzfristig noch dauerhaft ausreichend bereitstehen. Davon abgesehen fehlen Planungszeiten zur Umstrukturierung, Anpassung der Curricula und Übungszeiten in den Schulen.

Hinreichend Erfolg der Digitalisierung oder vergessene Folgen?

Inwieweit die Digitalisierung dann für eine bessere Bildung genutzt und Angebote geschaffen werden, die den Schülern ein Mehr an Bildung und Freude am Lernen vermitteln, bleibt abzuwarten. Manche Schulen wurden inzwischen voll ausgestattet und an manchen Schulen werden die Plattformen rege genutzt. Doch die Gesundheitsfolgen der dauerhaften Nutzung von digitalen Endgeräten (auch für nichtschulische Zwecke) als da wären in der Distanz Isolation, Verschlechterung der Körperhaltung bei Tablet-Nutzung sowie der Sehkraft wurden jedenfalls nicht ein einziges Mal in den Blick genommen. Hierzu gibt es warnende Studien, über die bislang nie diskutiert wurde. Doch Schule ist nicht nur in Fragen des Datenschutzes oder Support nicht ausreichend gut aufgestellt, sondern kennt auch keine Schutzverordnung für Bildschirmarbeitsplätze. Also hocken die Lehrkräfte und Schüler*innen zukünftig vermehrt gebeugt und ohne Abstand über ihren Tablets und hoffen, dass dies die Bildung retten wird.

Ob Bildung am digitalen Endgerät dann tatsächlich erfolgreicher ist oder vermehrt Konzentrationsschwächen, Kopfschmerzen, Verspannung, Aggressionen auftreten werden, so wie das inzwischen bei dauerhafter Nutzung eines Bildschirmarbeitsplatzes in der Arbeitswelt bekannt ist, wird sich zeigen. Vorsorgliche ist der Gesundheitsschutz nicht mitgedacht, deshalb gibt es bisher auch keine zeitliche Begrenzung der Nutzungszeit digitaler Medien.

Kann die Bildungsschere durch Digitalisierung überhaupt geschlossen werden?

Wie kann eine weitere Spaltung der Bildung, ein Abhängen der Schüler*innen mit einem größeren Unterstützungsbedarf, verhindert werden? Noch erleichtert die Digitalisierung nicht die Erreichbarkeit und Mitnahme der Eltern. Noch haben die viele Schüler*innen und Lehrer*innen kein Endgerät. Eltern sind und werden als Bildungspartner aber immer wichtiger. So könnte die Digitalisierung Familien enger mit Schule vernetzen. Davon ausgehend, dass der Distanzunterricht fester Bestandteil des Unterrichts bleibt und alle Schüler*innen am digitalen Distanzunterricht teilnehmen müssen, braucht es Plattformen, über der ein Kontakt mit den Erziehungsberechtigten gesichert werden kann. So sollten Mailadressen eingerichtet werden, die den kurzen Kontakt und regelmäßiges Feedback ermöglichen und Eltern ihre Kinder besser unterstützen und fördern

könnten. Das bedingt aber die Voraussetzung, dass alle ein Endgerät haben und diese auch gut supportet werden.

Ein weiterer Baustein ist die Bildung der multiprofessionellen Teams an den Schulen. Hier muss es klare Aufgabenstellungen und Qualitätsstandards geben. Auch da könnte die Digitalisierung ein Instrument zur besseren Vernetzung werden, damit Förderabsprachen von allen gesehen und genutzt werden können. So könnte die Digitalisierung tatsächlich ein Schlüssel zur besseren Vernetzung, der besseren Kooperation, der besseren Verständigung, der besseren Erreichbarkeit für bessere und gezieltere Förderung werden.

Weitere notwendige Gelingens-Mittel

Tatsächlich lassen sich mit der digitalen Subvention von Schulen nicht ad hoc Gewinne erzielen und Ziele erreichen. Es gibt nicht einmal die Garantie, dass bessere Schulgebäude und bessere digitale Ausstattung Bildung automatisch besser macht. Doch mit besseren Arbeitsbedingungen und einem besseren Lernklima und einer gleichwertigen, gerechten Entlohnung, könnte der Lehrerberuf wieder an Attraktivität gewinnen und mit mehr Zeit auch der Raum für Vertrauen und Beziehungen wachsen, die eine Grundlage für gute Bildung bilden. Vielleicht gelingt es dann auch, Lehrkräfte zu gewinnen, die gerne und freiwillig an den Schulstandorten im Ruhrgebiet nördlich der Bundesstraße 1 unterrichten und mit Freude und Spaß Herausforderungen annehmen und ihr Stunden Deputat aufstocken- statt Teilzeit zurück in Vollzeit. Alles Gelingens-Bausteine für gute Bildung, die schon durch zahlreiche Studien untermauert wurden. Eltern fordern daher kein Hokusfokus, sondern das, was dutzendfach schon wissenschaftlich belegt wurde und gute Bildung heute braucht.

Vielleicht rückt dann auch der UN-Behindertenrechtsanspruch im Mittelpunkt des Handlungsbedarfs. Diese wachsende Schülergruppe fällt leider immer wieder hinten runter anstatt anhand dieser Bedarfe für alle Schüler*innen die Angebotsvielfalt eingerichtet wird. Gerade die Krise verdeutlicht den individuelle Bedarf der Schüler*innen und macht die unterschiedlichen häuslichen Lernbedingungen deutlich.

Was braucht beste Bildung?

Der Blick auf die jährlichen Millionenumsätze für Nachhilfe zeigt nochmals, wieviel individuelle Förderung notwendig ist, aber hinterlässt gleichzeitig ein beklemmendes Gefühl, dass trotz allen Bemühungen um Chancengleichheit in der Schule, diese zunehmend von der Liquidität der einzelnen Familie abhängig ist.

Zu überlegen ist deshalb, was brauchen Schulen, damit den Lehrkräften eine zielführende Bildung der Schüler*innen überhaupt noch erfolgreich möglich ist. Die Antwort ist nicht allein in der Kernforderung nach einer gleichwertigen Bezahlung aller Lehrkräfte zu suchen, die sicherlich Einfluss auf die Motivation hat. Die Grundprobleme, den vielfältigen Bedarfen und Herausforderungen gerecht zu werden, sind auch immer noch bestehende desolate Schulbauten, überfüllte Klassenräume, zu wenig Differenzierungsraum und zu wenig personelle Unterstützung. Es muss deshalb nicht nur in Neu- und Anbauten investiert werden, sondern primär in Personal und Zeit. Grundschulklassen, die heute alle inklusiv arbeiten, aber 30 Schüler*innen umfassen, können bestenfalls von einer Lehrkraft verwahrt werden. Sollen die Schüler*innen individuell gefördert werden, müssten die Klassen halbiert werden. Dazu wäre ein erheblicher Mehrbedarf an Lehrkräfte notwendig, damit auch Planungs- und Gesprächszeiten für Förder- und Hilfeplanerstellung aller Schüler*innen möglich würden. Ohne diese Planungszeiten gelingt auch die Bildung von

Multiprofessionellen-Teams nicht. Der Bildungsetats müsste dauerhaft deutlich erhöht werden. Damit dieser dann aber auch schnell abfließen kann, müssen Verfahren vereinfacht und zusammengeführt werden.

Um eine spürbare Verbesserung zu erzielen, bräuchte es einen Paradigmen Wechsel der Zuständigkeiten. Alle anfallenden Kosten für Schule müssen aus einem Topf kommen und dürfen nicht mehr zum Ping-Pong-Spiel für die verschiedenen Verantwortlichen auf Kommunal- und Landesebene werden. Vorstellbar wäre hierzu die Einrichtung eines zuständigkeitsübergreifenden Gesamttopfes, der nach dem Gesamtbedarf aller Schulen und Schüler*innen ermittelt und zentral verwaltet wird. Damit würden nicht nur die einzelnen Verwaltungen entfallen, sondern eine gleichberechtigte Ausstattung unabhängig der Liquidität der Kommunen erfolgen können. Gesamtkosten aus dem Bereichen sämtlicher Personalkosten, Schulbauten, Lernmittel, OGS, Inklusion/ Teilhabeassistenz, jeglicher Ausstattungen etc. könnten daraus finanziert und zugeteilt werden. Dieser Topf könnte dann durch eine pro Kopfgebühr je Schüler*innen von Kommunen und Land gefüllt werden. Damit würden die Schuld-Zuweisungen, Abweisungen und Blockierungen beendet und würden eine schnellere Bedarfszuteilung ermöglichen. Schlussendlich wären Schulen nicht mehr von der Liquidität der Kommunen abhängig, nicht von Haushaltssperren und weniger von sich Wiederholenden Ausschreibungsverfahren. Doch dazu braucht es eine gemeinsames Ziel – Bildung in NRW!

Derzeit ist aber festzustellen, dass nicht einmal Lernmittel bedarfsgerecht sind und häufig in der Abhängigkeit von der Liquidität der Eltern bzw. Schulen bleiben. Selbst Schulprogramme, Schulfahrten und vieles mehr stehen in dieser Abhängigkeit und auch die Ausstattung der Schulen werden immer abhängiger von der Fördervereinsstärke einer Schule. Es zeigt wieder, wie unterfinanziert Bildung ist und was bessere Bildung bräuchte, wenn keine Kinder zurückgelassen sondern allen gleichwertige Chancen ermöglicht werden sollen.

Was läuft schief in der Krise?

Doch was also läuft schief und warum gelingt es nicht einmal in der Krise den Fokus auf Bildung, gute Lernangebote und Freude am gemeinsamen Lernen (Leben) zu richten? Das Vierteljahr (Bildungs-)Verlust ist noch nicht aufgearbeitet, da müssen alle Schüler*innen wieder „funktionieren“. Es geht um Prüfungen und Erfüllung von Curricula. Der Regelbetrieb muss weiterlaufen, komme was wolle, egal wie es den einzelnen betroffenen Schüler*innen und Lehrer*innen geht. Völlig unabhängig von Chancengleichheit oder ob es diese jemals schon gegeben hat.

Wenn Lehrgewerkschaften wie GEW, VBE oder Schulleitungsverbände (SLV) Alarm schlagen, weil der derzeitige Betrieb nichts mit (altem) Regelbetrieb zu tun hat, und dringlich mehr Ehrlichkeit und Spielraum fordern, werden sie öffentlich von der Landesregierung getadelt. Von Eltern- und Lehrerverbänden benannte Probleme werden nicht ernst genommen, Lösungsvorschläge nicht diskutiert, Einlassungen als „Unkenrufe“ abqualifiziert. In mehreren Stellungnahmen haben viele (Eltern- und Lehrer-) Verbände deutlich gemacht, dass sie mit der derzeitigen Vorgehensweise, bei der doch immer hochgehaltenen Verbändebeteiligung, mehr als unzufrieden sind. Niemand hat erwartet, dass es auf eine neue Herausforderung sofort die optimalen Antworten gibt. Doch wenn Wege sich als ungünstig erweisen und Forderungen nicht ernst genommen werden, darf man sich über die Verärgerung der Akteure nicht wundern, weil anscheinend allein aufgrund fehlender Mittel Probleme geleugnet und Konzepte abgewiesen werden, die vielleicht Bildung auch langfristig verbessern könnten. Es darf nicht einmal zieloffen diskutiert werden, selbst wenn es dadurch besser

werden könnte. Änderungen scheinen Gesichtsverlustängste zu schüren oder werden blockiert, weil sie vom politischen Gegenplayer kommen. Vergessen wird, dass wir Eltern (Schüler/ Lehrer) keine Politiker sind!

Vollbetrieb der Schulen – Anspruch und Wirklichkeit

Die Grundlagen des Vollbetriebs sollten, so war es den Verbänden zugesagt worden, transparente Informationen, Testungen für alle betroffenen Klassen und Kurse, anlasslose Testungen für Erzieher*innen und Lehrer*innen sowie Bereitstellung von Schutzmitteln wie Masken in ausreichender Zahl sein. Tatsächlich gibt es keine Kohorten-Testungen, nicht ausreichend Mittel für anlasslose Tests bei Lehrkräften und erst recht nicht ausreichend Masken und Schutzmaterial für die Schulen. Die Kommunen weisen die Verantwortung von sich, da das Land für die Ausstattung von Lehrkräften zuständig sei. Anlasslose Tests seien ebenso wenig wie Pooltestungen aus finanziellen Gründen und wegen fehlender Testkapazitäten möglich.

Dass die Informationen durch die lokalen Gesundheitsämter alles andere als transparent sind, wird mit dem Totschlagargument Datenschutz begründet. Damit die Gesundheitsämter Informationen weitergeben dürften, bräuchte es eine gesetzliche Neuregelung, die nicht erfolgt sei. Warum wurde die Regelung nicht bei Bekanntwerden des Problems angepasst? Einmal Beschlossenes scheint politisch unveränderbar und so wächst der Frust (die Angst) bei wieder ansteigenden Infektionszahlen. Gerüchteküchen und Stille Post der Betroffenen führen zu Vertrauensverlust und heizen Stimmungen auf. Wirklich Betroffene wird es doppelt erschwert.

Mangelnde Schutzmittel

Der Kampf um Zuständigkeiten und Finanzierung trifft auch die Kosten für ausreichenden Gesundheits- und Hygieneschutz für die Schulen. FFP2-Masken für Risikogruppen in der Lehrerschaft sind in den Schulen nie angekommen oder inzwischen vergriffen. Masken für Risikoschüler*innen wurden gar nicht erst eingeplant. Diese Gruppe wurde wieder einmal völlig vergessen. Da mag die Ministerin den Wunsch im Geiste unterstützen, scheitert aber an der Umsetzung im MAGS und erneut an den Kommunen. Das ist kein neues Phänomen der Krise, sondern war vorher schon so. Die Kommunen klagen, sie hätten nicht ausreichend Mittel erhalten, das MSB behauptet, die bereitgestellten 3 Millionen Euro seien noch nicht einmal hälftig abgerufen. Das wirft die Frage auf, wem der Schutz der Schüler*innen und Lehrkräfte überhaupt wichtig ist?

Dass die Kommunen mit der Bereitstellung von drei Millionen Euro bei 2,5 Millionen Schüler*innen plus den Lehrkräften nicht auf Dauer eine Ausstattung finanzieren können, dürfte allen klar gewesen sein. Damit bleibt der Schutz bei jedem Einzelnen hängen. Bessergestellte können sich mehr Schutz und regelmäßige Tests leisten. Keine Frage, Schule ist kein DSDS-Boot auf dem Rhein, Lehrkräfte können nicht täglich getestet und strikt getrennt in kleinen Gruppen untergebracht werden. Wenigstens eine Grundausstattung aller Lehrkräfte und Schüler*innen mit Community-Stoffmasken, wie für Schutzbehörden und Bundeswehr erfolgt, sollte möglich sein.

Dass aber nicht einmal Risikogruppen, Schutz erhalten, ist ein Versagen auf ganzer Linie. Wer, wenn nicht die Risikogruppen, die wieder unterrichten bzw. am Unterricht teilnehmen möchten, soll denn geschützt werden? Als einzige Entgegnung kommt der Verweis auf die derzeit „nur“ 3 % Infizierten an Schulen. Angehörige von Risikogruppen wird das kaum beruhigen. Es wurde nicht einmal erhoben, von wie vielen Risikoschüler*innen und Lehrkräften wir überhaupt sprechen, wer welchen Schutz

benötigt (z.B. eine FFP2-Maske oder Alternativen für Betroffene, die keine Masken tragen können). So lässt sich auch nur schwer ermitteln mit welchen Kosten zu rechnen wäre.

Was brauchen Schulen?

Das alles kann nur bewältigt werden, wenn Bildung, Betreuung, Förderung sowie Unterstützung der Familien zusammen gedacht werden und dringend notwendige Mittel, die nicht nur Gebäude und Digitalisierung im Fokus nehmen, sondern auch Gesundheitsschutz, Personalausstattung, Förderung der Arbeitsbedingungen endlich bereit gestellt werden. Damit das gelingt, muss der Blick auf die Gruppen gerichtet werden, die den größten Schutz und den größten Bedarf haben. Die Planungen müssen zukunftsgerichtet nicht am untersten Level, sondern sich am größten zu erwartenden Bedarf orientieren.

Derzeit scheint sich aber Bildung nicht nach den Bedarf der Schüler*innen auszurichten, sondern folgt stur der Richtschnur Abschluss- und Abiturprüfungen. Die Vergleichbarkeit oder besser die Sortierung muss gewährleistet bleiben, weniger der Erfolg jedes Einzelnen. Es geht nicht um Talent-Förderung und Stärken-Bildung aller Schüler*innen, sondern der dogmatischen Durchführung zentraler Prüfungen, die ohnehin jeglicher Chancengleichheit und Vergleichbarkeit aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen entbehren. Somit scheint es schon lange nicht mehr darum zu gehen, ob Schüler*innen ausbildungs- und studierfähig sind und auch nicht um die beste Wissensvermittlung, sondern um das Abarbeiten gemäß bestehender Vorschriften. Für den Aufbau von Beziehungen zu den Schüler*innen muss ebenso Zeit einkalkuliert werden. Lehrkräften fehlen also nicht nur gute Arbeitsplätze und ausreichend Ausstattung, sondern Zeit für eine erfolgreiche Bildung der Schüler*innen, damit Förderung in der Schule und nicht erst extern der Schulen stattfinden kann. Damit wird Lehrkräften immer mehr die Chance der eigenen Reflektion ihrer Arbeit genommen, die sich zunehmend auf externe Hilfen verlassen müssen oder auf die Unterstützung der Familien angewiesen sind. Wiederum wird deutlich, Bildung kostet und wird immer mehr abhängig von der Liquidität der Familien.

Doppelstruktur Schule - Nachhilfe

Deutsch-Fit-Kurse und weitere Ferienprogramme sollen kurzfristig Defizite ausgleichen. Doch diese begrenzten Mittel sind selten zielabgeglichen mit den schulischen Anforderungen. Förderung muss deshalb wieder Kernaufgabe von Schulen werden, die dafür zwingend ausgestattet werden müssen. Der Blick auf die Ausgabe von Millionen Euro für Nachhilfe, die in Teilen auch durch BuT-Mitteln unterstützt werden, unterstreicht die Notwendigkeit. Werden dann noch die Mittel aus schulischen Fördervereinen hinzugenommen, die ausschließlich in Programm, Ausstattung und Unterstützung der Schulen fließen, wird das dauerhafte Millionen-Defizit deutlich. Das lässt vermuten, dass es eine Verdoppelung der Bildungsausgaben benötigt, um nur ansatzweise eine chancengleiche gute Bildung aller Schüler*innen zu ermöglichen.

Schule System-Relevant für Familien

Dies alles unterstreicht in mehrfacher Hinsicht wie systemrelevant Schule aber für den gesamtgesellschaftlichen Erfolg oder Misserfolg ist. Schulen müssen inzwischen aber nicht nur Bildung anbieten, sondern auch die Betreuung, damit Familien durch Erwerbsarbeit ihren Lebensunterhalt sichern und ihren Beitrag zum wirtschaftlichen Wohlergehen unserer Gesellschaft leisten können. Wirtschaftliche Strukturen erzwingen die Berufstätigkeit beider Eltern, die oft aber auch erwünscht ist von selbigen. So wird schulische Bildung zunehmend zum Weggestalter für die

Zukunft unsere Kinder. Familien stehen zur Sicherung ihrer Existenz in der Abhängigkeit der schulischen Angebote. Damit aber eine erfolgreiche Erziehung- und Bildung gelingt bzw. der erfolgreiche Abschluss, der ihnen selbst den Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe ermöglicht, muss Förderung und Bildung wieder im Vordergrund stehen. Der Fachkräftemangel und die Studierunfähigkeit wird aber allenthalben beklagt. Doch (schulische) Bildung bleibt weiter unterfinanziert. Chancengerechte Bildung wird gerne propagiert, scheint aber politisch aufgegeben worden zu sein. Dabei scheint es gesamtgesellschaftlich gesehen kurzfristig einfacher Fachkräfte einzukaufen, statt mühsam selbst auszubilden.

Bildung abhängig von Liquidität

Eltern hingegen möchten ihre Kinder nicht aufgeben, ansonsten ließen sich die Millionenumsätze in Nachhilfe nicht erklären. Gute Bildung hängt leider zunehmend vom Konto- und Bildungsstand der Familien ab. Der Gedanke, dass diese Doppelstruktur von Schule und Nachhilfe-Institute Teil des eigentlichen Bildungsversagens sind, wird völlig ausgeblendet. Das Problem sind nicht die Lehrkräfte. Viele bemühen sich unter den gegebenen Umständen das Beste herauszuholen. Die große Nachfrage nach Nachhilfe untermauert vielmehr die langjährigen Forderungen der Lehrerschaft: Raum, Zeit, Personal und faire Bezahlung für gute Bildung und Förderung. Dann wäre neben Bildungserfolg vielleicht auch mehr Freude am Lernen wieder überall möglich.

Die Corona-Krise wäre die Gelegenheit, hier etwas Grundsätzliches zu ändern. Doch der Verlust des letzten Halbjahres wird völlig ausgeblendet. Zu meinen, dass durch wenige zusätzliche Förderangebote in den Ferien und nicht dauerhaft kostenlose zusätzliche Förderangebote in Schule für alle Schüler*innen, Defizite verschwinden, erscheint fast naiv. Dann wundert es, dass nicht einmal der Versuch unternommen wird, Kooperationsverträge mit Nachhilfeeinstituten zu schließen, um wenigstens kurzfristig krisenangepasst aber dauerhaft Schulen zu stützen. Wen wundert es, dass vielen Studenten die Exmatrikulation droht, weil ihnen Einnahmen aus weggebrochenen Nebenjobs fehlen. Trotzdem werden ihnen keine Angebote im Bereich Betreuung und Nachhilfe gemacht. Ebenso werden keine Lehramtsanwärter aufgefordert angepasste Förderangebote anzubieten oder Teilzeitkräften die Chance der Aufstockung ermöglicht. Es wirft die Frage auf: Will man tatsächlich ein „Mehr“ an Bildungsangebot und ist man bereit eine „Mehr“ an Bildungsetat einzustellen? Spätestens durch die Krise hätte allen Verantwortlichen auffallen müssen, dass dringender Handlungsbedarf besteht und Chancengleichheit endlich ernst genommen werden muss.

Chance Corona-Krise

Schulen benötigen also nicht nur digitale Endgeräte, WLAN-Anschlüsse, Räume in die es nicht reinregnet und Fenster geöffnet werden können, Toiletten die nutzbar sind, Differenzierungs- und Arbeitsraum sondern auch mehr Personal, mehr Ressourcen für Lernmittel, mehr Zeit für Förderung und Forderung und mehr Strukturfreiheit. Kleine Gruppen wären dabei ein Anfang und die Grundlage eines besseren Lernklimas. Der Schichtbetrieb mit Nutzung des Ganztags, würde nicht nur mehr Zeit, sondern auch mehr Schutz ermöglichen. Angebote zur freiwilligen Erhöhung des Stundenkontingents der Teilzeitkräfte, sowie Angebote für Studierende und Lehramtsanwärtern und Kooperationen mit kommunalen Bildungsinstitute müssten sofort und dauerhaft ermöglicht werden.

Bleibt die Frage, warum diese bereits allen bekannten und wissenschaftlich mehrfach publizierten Erkenntnisse nicht leitend für Entscheidungen in der Politik sind? So könnte die Krise als Chance

genutzt werden, Bildung neu und zukunftsorientiert zu denken, den Rat der Betroffenen vor Ort nicht kleinzureden, sondern ernst zu nehmen. Es braucht das eine gemeinsame Ziel für Bildung, das parteiübergreifend den Bedarf in den Vordergrund stellt und dafür langfristig Ressourcen zentral sichert. Stattdessen werden weitere Schulschließungen bei steigenden Infektionszahlen und damit erneuter Kontaktverlust, Spaltung und Ungleichheit in der Krise in Kauf genommen.

Um Missverständnisse auszuschließen: Natürlich sollen sich alle Schüler*innen auch in diesem (Krisen) Schuljahr auf Ihre Abschlüsse freuen und sich auf ihre Prüfungen konzentrieren können, doch bitte an der Realität des Möglichen am Standort orientiert und mit der gesellschaftlichen Würdigung, die sie verdient haben. Bildung ist das, was wir als Gesellschaft akzeptieren und anerkennen. Der Bildungserfolg muss aber durch die Politik gesichert werden. Damit Kinder Schule erfolgreich absolvieren können, ihre Abschlüsse erreichen können, muss Politik die Voraussetzungen dafür schaffen. Stattdessen tobt der Feldversuch, wer von Schließungen verschont bleibt hat Glück, wer guten Distanzunterricht ermöglichen kann auch – alle anderen Standorte trifft das ausgeblendete Schicksal.

Unermüdlicher Einsatz der Lehrkräfte trotz Bildungsnotstand

Unsere Dankbarkeit gilt allen Schüler*innen und Lehrkräften (und sonstigen schulischen Bildungsakteuren), die in dieser Krise freiwillig Masken tragen, den harten Verlust von Nähe hinnehmen, die zunehmende Kälte aushalten, auf gemeinsame Feste und vieles mehr verzichten, obwohl sie unter Umständen familiär durch die Krisenlage belastet sind und große Umbrüche hinnehmen müssen. Respekt gilt allen Risiko-Lehrkräften und Risikoschüler*innen, die versuchen, das Beste aus der Krise zu machen und die Hoffnung nicht aufgeben. Der Bildungsnotstand ist groß und wird sich erst ändern, wenn Politik bereit ist diesen anzuerkennen und nicht schön zu reden. Zur Ehrlichkeit gehört, wir alle wollen die beste Bildung, wenn die Voraussetzungen stimmen und wir alle wünschen unseren Kindern einen erfolgreichen Abschluss, wenn die Fairness gleicher Förderung gegeben wäre. Wir alle möchten das die Schulen nicht schließen müssen und wir nicht betroffen sind, doch erleben das Gegenteil.

Unsere Forderungen in der Krise

Die Forderungen der Eltern, Schüler*innen, Lehrkräfte, Schulleitungen und sonstigen Bildungsakteuren müssen endlich von der Bundesregierung, KMK, dem Schulministerium ernst genommen und sollten zielorientiert diskutiert werden. Ein Bildungsgipfel mit den betroffenen Akteuren und politisch Verantwortlichen ist längst überfällig. Doch Anhörungen, an denen wir bisher schon teilnehmen durften, hinterließen leider immer wieder das Gefühl: Alles abgetan als hunderte Einzelfälle und die Unkenrufe von wenigen! Bei allem Respekt unsererseits für die gewählten Verantwortlichen, wir können unsere Forderungen nur nochmal wiederholen und auf Gehör hoffen:

1. Ausstattung von Lehrkräften und Schüler*innen mit ausreichend Stoffmasken;
2. Bereitstellung von FFP-2 Masken und anderen Schutzmitteln für Risikogruppen;
3. Bauliche oder maschinelle Unterstützung der Lüftung in allen Unterrichtsräumen;
4. Einrichtung kleiner Lerngruppen im Schichtbetrieb durch Nutzung des Ganztags;
5. Ermöglichung von Hybridunterricht mit wachsendem digitalen Anteil;
6. Tägliche digitale Bereitstellung aller Schul- und Hausaufgaben für alle Schüler*innen unabhängig vom Krankheits- oder Quarantänestatus;

NEWSLETTER SEPT/OKTO 2020

7. Sicherung individueller (kostenfreier) Förderangebote im Schulalltag, unter Zuhilfenahme externer, kommunaler Bildungs- und Nachhilfeeinrichtungen und Anstellung Studierender;
8. Stärkere Vernetzung der Betreuungs-Angebote mit Förderangeboten;
9. An tatsächlich durchgenommenen Stoff angepasste Klausuren und Prüfungen;
10. Kurzfristige Einstellung von Verwaltungsassistenten und Klassenassistenten;
11. Ausbau der Digitalisierung durch digitale Endgeräte für alle Schüler*innen als Lernmittel, WLAN-Anschluss, Fortbildung;
12. Ausbau Schulsozialarbeit und weiterer pädagogischer Professionen;
13. Ausbau Selbstlernzentren und Aufenthaltsräume für Schüler*innen;
14. Ausbau Arbeitsräume für alle schulischen Akteure.

FAZIT:

Wenn wir jetzt nicht erkennen, welche Relevanz Bildung und Förderung unserer Kinder für unsere gemeinsame Zukunft haben, wird die Bildungsschere sich absehbar vergrößern, Arbeitslosenzahlen werden sich erhöhen, Fachkräfte werden fehlen und müssen weiter eingekauft werden während Sozialausgaben explodieren. Es ist Zeit, in Schulen zu investieren und das nicht nur aus wirtschaftlichen Aspekten. Weil NRW das bevölkerungsreichste Bundesland ist, sollten wir auch die höchsten Ausgaben für Bildung haben, die tatsächlich beste Bildung anbieten und derzeit den bestmöglichen Schutz. Dazu muss Bildung aus parteipolitischen Vereinnahmungen sowie Zuständigkeitsverflechtungen gelöst werden. Wir brauchen ein großes gemeinsames Ziel: Schule als Ort der lebenslangen guten Bildung (& Betreuung) für alle Familien, beste bedarfsgerechte individuelle Förderung aller, Versammlungsort der Gemeinschaft für Freude am Lernen!

Liebe Kreis- und Stadtschulpflegschaften in NRW,

liebe Eltern und liebe Bildungsakteure,

wenn Sie es bis hierhin durchgehalten haben, dann haben Sie nun einen kleinen Überblick, welche Themen uns in den vergangenen Wochen erreichen, bewegen und von uns diskutiert werden.

Wir danken Ihnen für Ihre vielen Rückmeldungen und freuen uns auf Ihre neuen Fragen und Anregungen. Ende Oktober findet unsere nächste Videokonferenz statt und voraussichtlich soll am 28.11.2020 unsere Jahreshauptversammlung in Dortmund stattfinden. Die Einladungen schicken wir Ihnen rechtzeitig zu und stellen sie Online.

LEK NRW Vorstand

Dortmund, 8. 10. 2020